

Marburg, 05.09.16

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident,

mit großer Bestürzung habe ich und haben die Bürgerinnen und Bürger der Universitätsstadt Marburg die Entscheidung der Landesregierung zur Kenntnis genommen, das Marburger Camp für die Erstaufnahme von Flüchtlingen zu schließen. Ich halte diese Entscheidung für falsch und bitte Sie, diese erneut zu überprüfen.

Denn ohne Zweifel haben die Bürgerinnen und Bürger der Universitätsstadt Marburg im vergangenen Jahr Maßstäbe für die Erstversorgung von Flüchtlingen gesetzt, auch im bundesweiten Vergleich. Weit über 1000 Menschen engagieren sich ehrenamtlich in der Aufnahme der Flüchtlinge. Durch die hohe fachliche Kompetenz gerade der ehrenamtlichen Arbeit wurde ein Niveau der Unterstützung und Begleitung geschaffen, dessen fachliche Qualität einzigartig sein dürfte. Die Entscheidung der Landesregierung ist ein Schlag ins Gesicht aller dieser engagierten Mitbürgerinnen und Mitbürger.

Darüber hinaus hat sich auch die Universitätsstadt Marburg personell und finanziell erheblich engagiert. So haben wir schnell, effizient und wirtschaftlich in Sinne des Landes die Errichtung fester Gebäude für das Land umgesetzt. Dabei orientiert sich die Arbeit der haupt- und ehrenamtlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Universitätsstadt Marburg immer unbürokratisch am Wohl der individuellen Flüchtlinge. Deshalb hat die Universitätsstadt darüber hinaus mit dem Portal Gisselberg – Zentrum einen zusätzlichen Ort für Flüchtlinge eingerichtet, an dem Betreuung, Beratung, Deutschunterricht und Kinderbetreuung und viele weitere Beiträge zur Integration über die Pflichtleistungen hinaus und überwiegend ehrenamtlich erbracht werden.

Hessenweit einmalig hat die Stadt Marburg 3 Ombudspersonen beauftragt, die die Anliegen der Flüchtlinge vertreten und sich vorbehaltlos für die Belange der Flüchtlinge einsetzen, was offensichtlich nicht immer gewünscht war. Damit konnte wesentlich zu einem friedlichen Miteinander beigetragen werden. Es wäre u. E. wünschenswert und angemessen gewesen, das Marburger Modell der Ombudspersonen als festen Bestandteil aller Erstaufnahmeeinrichtungen zu etablieren.

Es ist unverständlich, dass angesichts des einzigartigen zivilgesellschaftlichen Engagements gerade dieser Standort zum gegenwärtigen Zeitpunkt eine Schließung erfahren soll.

Bereits vor einigen Wochen hatte ich Ihnen gegenüber die Bereitschaft der Universitätsstadt Marburg zur Aufnahme von zusätzlichen, über die bisherigen Einreisekontingente nach Deutschland hinausgehenden Flüchtlingen mitgeteilt. In der Universitätsstadt Mar-

burg hat eine breite Mehrheit der Bevölkerung sowie der städtischen Gremien keinerlei Verständnis für die aktuelle Haltung gegenüber den Flüchtlingen. Deshalb darf ich noch einmal im Namen der Universitätsstadt Marburg an Sie, sehr geehrter Herr Ministerpräsident, appellieren, und Sie bitten, sich für eine weitere Öffnung und eine Aufnahme einer größeren Zahl von Flüchtlingen einzusetzen, die derzeit unter menschenunwürdigen Bedingungen leben müssen.

Die Bürgerschaft und die Gremien der Universitätsstadt Marburg sind nach wie vor gerne bereit, einen weiteren und großen Beitrag dazu zu leisten, dass Menschen in Not bei uns eine menschenwürdige, freundliche und offene Aufnahme und Schutz erfahren. Wir möchten gerne unser Engagement auch in der Erstaufnahme fortsetzen und ersuchen daher die Landesregierung, die Entscheidung gegen den Standort Marburg zu überprüfen.

Mit freundlichen Grüßen

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'Thomas Spies'. The signature is written in a cursive, flowing style.

Dr. Thomas Spies
Oberbürgermeister